

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Amtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 114

Stolp, Dienstag, den 18. Mai 1926

50. Jahrgang

## Das neue alte Kabinett.

### Marg zum Reichskanzler ernannt.

Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marg zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt.

#### Das Linkskabinett Marg.

Berlin, 17. Mai. Wie wir erfahren, zeigt die Zusammenfassung des Kabinetts Marg auch nach Ansicht sehr maßgebender Abgeordneter der Deutschen Volkspartei „sehr stark“ die Linkstendenz. Der Reichskanzler Dr. Marg verwaltet gleichzeitig das Justizministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete, womit der Einfluß des Zentrums und der in ihm jetzt vorherrschenden Linkstendenz im Kabinett besonders groß geworden ist. Von der Deutschen Volkspartei wird deshalb wahrscheinlich noch nachträglich eine Befestigung des Justizministeriums mit einem Abgeordneten, der nicht dem Zentrum angehört, gefordert werden. Auch die geplante Befestigung des Postens des Staatssekretärs der Reichskanzlei, für den der bekannte Dr. Spieder in Aussicht genommen ist, und des Pressechefs, der mit einem anderen Zentrumsjournalisten befestigt werden soll, stößt bei der Deutschen Volkspartei auf Widerspruch.

### Die Deutschnationalen und das neue Kabinett.

Berlin, 17. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat zwar beschlossen, ihre Haltung zum Kabinett Marg von der für Mittwoch zu erwartenden Regierungserklärung abhängig zu machen. Wie wir jedoch aus maßgebenden deutschnationalen Kreisen erfahren, kann die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei nur oppositionell sein. Eine Neutralität wäre nur dann in Frage gekommen, wenn die neue Regierung des Herrn Marg das politische Gesicht gezeigt hätte, das ihr der Herr Reichspräsident in seinem bekannten Schreiben geben wollte. Aus dem Brief Hindenburgs an Marg ging klar hervor, daß die neue Regierung nach den Intentionen des Herrn Reichspräsidenten nichts anderes sein sollte, als ein rein neutrales Übergangskabinett ohne irgendwelche Tendenz nach einer bestimmten Richtung. Diese Absicht des Herrn Reichspräsidenten ist im Laufe des Sonntags umgeben worden. Es ist dem Zentrum gelungen, die Deutsche Volkspartei zu einer Vereinbarung zu nötigen, die dem Kabinett Marg den Wegweiser nach links gibt. Namentlich der Punkt 3 dieser Vereinbarung bedeutet dem ganzen Sinn nach den Ausschluß der Deutschnationalen Volkspartei von einer Mehrheitsbildung. Das Zentrum wußte genau, daß die Forderung einer Anerkennung des Locarnopakt für die Deutschnationale Volkspartei nicht tragbar ist und hat eben deshalb auf diesen Punkt 3 bestanden! Wenn man es auch in volksparteiellen Kreisen in Abrede zu stellen sucht, so dürfte doch zweifelsfrei feststehen, daß die gestrigen Vereinbarungen dem Kabinett Marg die ausgesprochene Tendenz zur Großen Koalition gegeben haben. Damit hat sich das neue Kabinett in einen Gegensatz zu den Absichten des Reichspräsidenten gestellt und den Deutschnationalen die — vielleicht sogar wohlwollende — Neutralität, die bei einer Kabinettsbildung im Sinne Hindenburgs in Frage gekommen wäre, von vornherein unmöglich gemacht.

Ob sich die deutschnationale Opposition als eine mehr abwartende Gegnerschaft darstellt, oder ob schärferer Kampf die Parole ist, wird allerdings von der Regierungserklärung und davon abhängen, wie Herr Marg zwei Fragen beantwortet wird, die die Deutschnationalen aller Voraussicht nach an ihn richten werden:

1. Ob er sich zur unverzüglichen Durchführung der Flaggenrechtsverordnung bereit erklären will und
2. ob er sich die scharfe Einstellung des vergangenen Linkskabinetts gegenüber den sozialdemokratisch-kommunistischen Raubabsichten in der Fürstenfrage zu eigen macht?

Die Deutschnationalen werden auf einer klaren und unabweisenden Beantwortung dieser Fragen um so mehr bestehen, als es den Anschein hat, als ob Herr Marg sich in seiner Regierungserklärung gerade um diese beiden Punkte herumdrücken will.

Herrn Marg Angst ist allerdings verständlich! Das Kabinett bedarf zu einem Vertrauensvotum der Zustimmung der

Sozialdemokratie. Infolgedessen müßte eine Regierungserklärung sehr weitgehend auf die besonderen innerpolitischen Wünsche der Sozialdemokraten, insbesondere in der Flaggenfrage und in der Fürstenabfindung Rücksicht nehmen. Sobald aber die Frage in einer programmatischen Erklärung näher erörtert werden soll, entstehen wieder Schwierigkeiten zwischen der Deutschen Volkspartei auf der einen, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite. Es ist infolgedessen schon im Kabinett der Gedanke aufgetaucht, von einer Regierungserklärung Abstand zu nehmen und ein Vertrauensvotum vom Reichstag nicht zu fordern (!). Dieser Gedanke ist aber verfassungsgemäß nicht durchführbar. Das Kabinett ist deshalb darin übereingekommen, sich mit einer ganz inhaltlosen kurzen Erklärung zu begnügen, in der Hoffnung, daß dieser die Sozialdemokraten zustimmen.

### „Volksentscheid“ am 20. Juni.

Berlin, 17. Mai. (Amtlich.) Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, hat die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Gesetzesentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, statt. Die Verordnung zur Durchführung des Volksentscheides wird vom Reichsminister des Innern im Laufe des heutigen Tages erlassen werden.

Berlin, 17. Mai. Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai 1926 die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheides getroffen. Gegenstand des Volksentscheides ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Der Stimmzettel erhält eine dementsprechende Frage vorgegedruckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Blied durchkreuzt. Die Stimmlisten und Stimmparteien sind vom 6. Juni bis einschließlich 13. Juni auszuliegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen.

### Rund um den „Putzsch“.

Die Korrespondenz des Justizrats Dr. Claf.

In der „Putzsch“-Angelegenheit liegen wieder von beiden Seiten neue Erklärungen und Veröffentlichungen vor, die aber zur Sache kaum etwas Neues bringen. Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ veröffentlicht zwei Briefe des Justizrats Dr. Claf, von denen der eine an den ehemaligen Kaiser, der andere an seine jetzige Gattin gerichtet ist. Sie beschäftigen sich beide zum Teil mit der politischen Lage. Aus dem zweiten Brief beansprucht folgende Stelle vielleicht das Interesse des Politikers, kaum aber das des Staatsanwalts:

„Heute stehen wir ganz unter dem Eindruck der Tatsache, daß der Generalfeldmarschall trotz alles Vorgefallenen im Reichskanzler Luther einen großen Staatsmann erblickt und sich von dem Einfluß nicht frei machen kann, den dieser gleich Dr. Stresemann Verderbliche auf ihn ausübt. Wir sind uns darüber klar, daß nicht nur das persönliche Ansehen des Reichspräsidenten davon abhängt, ob er — bevor es zu spät ist — die Wahrheit erkennt und daraus die notwendigen Folgerungen zieht, sondern daß auch die nächste deutsche Zukunft davon bestimmt sein wird.“

Es ist ein Jammer, zu sehen, wie der Generalfeldmarschall Leuten Vertrauen schenkt, die nicht nur verfaßt, sondern in ihren bisherigen Handlungen das Vaterland schwer geschädigt haben.

Heute geben die politischen Urheber der Dawes-Verträge deren Unausführbarkeit zu — aber der Reichspräsident schenkt dem dabei höchst mitverantwortlichen Dr. Luther noch sein Vertrauen! Gebe Gott, daß die Versuche, ihn aufzuklären, recht bald Erfolg haben. Die Not nimmt zu; die Kommunisten bereiten sich auf den großen Schlag vor, den sie führen wollen, die Regierung und das feige Bürgertum versagen. Angesichts dieser Tatsachen haben wir zur vaterländischen Selbsthilfe aufgerufen, indem wir die „Deutsche Notgemeinschaft“ ins Leben haben ergreifen.

Dr. Eugen Rosenberg ergreift das Wort.

Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht einen „Putzsch- und Kabinettskizze“ überschriebenen Artikel von Gehr. Eugenberg, in dem es u. a. heißt:

Herr Sebering! Die Wahrscheinlichkeit der neuen Revolution von links steht ziemlich deutlich vor uns, und da ist es natürlich für Ihre Freunde und — Feinde auf der Linken sehr willkommen, den Anschein eines Grundes zu haben, nach rechts hinzurufen: „Haltet den Dieb!“

Man kann sich doch nicht wundern, daß sich in Deutschland, das solange so schlecht regiert wurde, Vaterlandsfreunde hinsetzen und sich ein Bild machen, wie eine wirkliche Rechtsregierung aussehen würde. Nun meint Ihr Berliner Polizeipräsident, der Verfasser der Notverordnung habe mit ihrer Abfassung Hochverrat begangen! Nun, das wäre so ungefähr daselbe wie früher, eingeliefert in Paragrafen, die sozialdemokratischen Parteiprogramme und Ausarbeitungen über den Zukunftsstaat. Aber was Sie anständigerweise nicht dulden dürften, ist, daß Ihre Leute aus diesen ganzen unwahren und aufgebauschten Sachen einen großen wirren Salat machen, mit dem Ergebnis, daß es so aussieht, als wenn Neumann, Eugenberg, Freiherr von Luning und andere böse Leute Minister werden und dann das von Ihnen entbede Programm des Köpfens und Enteignens durchführen wollten, und zwar mit Unterstützung der versch. . . rheinisch-westfälischen Großindustriellen, und das in einem Augenblicke, da eine Neubildung der Regierung nahe und die Linke Sorge hat, daß es keine Rechtsregierung werden könnte. Damit wendet sich das Blatt. Aus der polizeilichen Groteske wird ein politischer Skandal ersten Ranges, der blitzartig die politischen Verhältnisse des Landes beleuchtet.“

Ein Protest Professor Ludwig Bernhards.

Professor Ludwig Bernhart hat in einem Schreiben an den Berliner Polizeipräsidenten gegen die bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung protestiert. Dabei wurden die Sitzungen und einige Notizen über die „Wirtschaftliche Vereinigung“ beschlagnahmt. Das Schreiben schließt:

Wenn eine hohe politische Behörde diese sachlichen wirtschaftlichen Arbeiten beargwöhnt, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme verfügt, die ich nur für gänzlich willkürlich halten kann, und dann noch dazu der Presse irreführende Informationen gibt, die den Verdacht hochverräterischer Unternehmungen erwecken müssen, so beweist das, daß es der politischen Behörde entweder an Klarheit des Urteils oder an Unparteilichkeit der Amtsführung fehlt.

Deshalb erhebe ich Widerspruch gegen die Beschlagnahme, beantrage gemäß Par. 98 Abs. 2 St. P.-O. sofortige richterliche Entscheidung und ersuche, mir gemäß Par. 107 St. P.-O. eine schriftliche Mitteilung über den Grund der Durchsuchung sowie darüber zugehen zu lassen, welcher strafbaren Handlung ich bezichtigt werde.

Gehemrat Eugenberg beschäftigt sich noch einmal in einem längeren Artikel im „Berliner Lokalanzeiger“ mit den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. Ferner liegt seitens der preussischen Regierung eine längere Erklärung zum Verbot des Ehrhardt-Bundes „Wiking“ vor.

Die Anschuldigungen gegen Dr. Neumann.

Zur Untersuchung der Anschuldigungen gegen den Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann waren zwei Senatoren nach Berlin entsandt worden. Sie haben Einblick in das vorliegende Material erlangt. Das Dokument, auf das sich das Vorgehen gegen Dr. Neumann aufbaut, ist das Konzept zu einem Brief des Justizrats Claf an Dr. Neumann, in dem Claf der Meinung Ausdruck gibt, daß Neumann im äußersten Falle das Amt des Reichskanzlers annehmen würde, wenn ihn der Reichspräsident damit betraut hätte.

Die ablehnende Antwort Dr. Neumanns hatte folgenden Wortlaut:

„Lieber Freund! Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 23. d. M., die ich gleich beantworten muß, weil ich fürchte, daß Sie sonst das suabiter in modo meines ersten Briefes mißverstehen könnten. Ich möchte also bitten, meine zurückhaltende Äußerung nicht irgendwie nach der positiven Seite zu deuten. Inzwischen habe ich erneut erfahren, daß ich mit meiner jetzigen kleinen Aufgabe oft mehr zu tun habe, als mir lieb ist, und hier liegt doch die nächste Pflicht.“

Kein Waffenlager.

Die Meldungen verschiedener Blätter über umfangreiche Waffenfunde, die in einem Walde zwischen Genshagen und Großbeeren bei Teltow gemacht sein sollen, treffen nicht zu. Eingehende Nachforschungen im Teltower Walde führten zu keinem Ergebnis. Dagegen haben zahlreiche Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Personen stattgefunden, wobei auf einem Boden ein paar alte halbverrostete Militärgewehre gefunden wurden, die überdies schon bei der Reichswehr zur Abholung gemeldet waren.

### Gegen Rechtsbruch und Raub!

Machtvolle Kundgebungen der vaterländischen Verbände.

Berlin, 16. Mai. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände veranstalteten am Sonntag vormittag gemeinsam mit dem „Stahlhelm“, dem Jungdeutschen Orden und anderen



nationalen Verbänden in 20 verschiedenen Bezirken Berlins Kundgebungen gegen die Fürstenenteignung. Die Verbände zogen unter Vorantritt von Musikkapellen durch die Straßen. Jeder Zug führte zahlreiche schwarz-weißrote Banner und Plakate mit Aufschriften gegen die Enteignung der Fürsten mit sich. Da von der Polizei mit der Möglichkeit von kommunistischen Gegendemonstrationen gerechnet wurde, waren außerordentlich starke Kräfte der Polizei mobilisiert worden, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Teilnahme an den Demonstrationen war lebhaft. Besonders fiel die große Beteiligung in den nördlichen und östlichen Stadtbezirken auf. Die Züge zählten jeder etwa 1000 bis 2000 Personen. Die Kundgebungen nahmen im großen und ganzen einen ruhigen Verlauf.

#### Ein amtlicher Bericht.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Demonstrationen der Reichsverbände, die heute mittag in 20 Bezirken Berlins stattfanden, nahmen, da die Veranstalter sich genau an die von der Polizei gemachten Richtlinien hielten, im großen und ganzen einen ruhigen Verlauf. Merkwürdigerweise war die Beteiligung im Norden fast härter als im Westen. In verschiedenen Stadtteilen wurden die Demonstrationen von mehr oder minder starken Gruppen von Mitaläufern begleitet, an einzelnen Stellen auch von kommunistischen Trupps, die auf die Heilrufe der Demonstranten mit „Nieder-“ und „Pfeifen“ antworteten. Die Polizei hatte starke Kräfte aufgestellt, die die marschierenden Züge auf Lastkraftwagen begleiteten. Außerdem waren verstärkte Polizeistreifen zu Fuß, zu Pferd und auch zu Pferde unterwegs, um die Ordnung auf den Straßen und Plätzen aufrechtzuerhalten. Das erwies sich als notwendig, da an verschiedenen Stellen radaulustige Elemente immer wieder versuchten, Störungen und Zusammenstöße herbeizuführen. Durch schnelles und energisches Eingreifen der Polizei konnte jedoch die Ruhe in wenigen Augenblicken wiederhergestellt werden. Insgesamt kam es an sechs Stellen zu Zwischenfällen, die jedoch größere Bedeutung nicht erlangten, 21 der R. P. D. angehörige Personen wurden verhaftet, außerdem drei Angehörige der aufgelösten Organisationen „Olympia“ und „Wiking“, weil sie sich verbotswidrig (!) uniformiert an den Demonstrationen beteiligen wollten.

#### Wierzig Zusammenstöße.

Berlin, 17. Mai. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, beträgt die Zahl der Zusammenstöße bei der Kundgebung der vaterländischen Verbände in Berlin 40, die Zahl der festgenommenen Personen 174 und die Zahl der ins Polizeipräsidium eingeliefert und in Schutzhaft genommenen 115. Ueber die in dem Polizeibericht erwähnten Zwischenfälle, die ausnahmslos von kommunistischen Spreng- und Ueberfalltrupps provoziert waren, ist im einzelnen folgendes zu berichten:

An der Pallasaden-, Ecke Straußberger Straße versuchten die Kommunisten, die sich dort zu Hunderten angeammelt hatten, einen Durchbruch. Die Schutzpolizei war gezwungen, mit Gummiknüppeln einzugreifen. Schätzungsweise sind 30 bis 40 Personen verletzt worden. Der Zusammenstoß fand nur zwischen Polizisten und Kommunisten statt. Als ein Zug in der Schulstraße einbog, wo eine Schar von Kommunisten lauerte, fiel vor dem Hause Nr. 24 plötzlich ein Schuß, und im selben Augenblick brach ein junger Mann, der nicht zum Zuge gehörte, blutüberströmt zusammen; er hatte einen Schuß in die Stirn erhalten. Polizeibeamte stiegen gegen den Hauseingang vor. Der Zug marschierte weiter. Daß auch hier die Kommunisten durchaus mit Zusammenstößen gerechnet hatten, bewies die Tatsache, daß im selben Augenblick, als der Zug vorbeifuhr, aus einer benachbarten Schankwirtschaft rote Sanitätsmannschaften mit Tragbahnen erschienen.

## Deutscher Reichstag.

### Beschlußunfähig!

Berlin, 15. Mai.

Der Reichstag überweist heute zunächst den Gesetzentwurf über das deutsch-spanische Handelsabkommen dem auswärtigen und dem handelspolitischen Ausschuss. Endgültig verabschiedet wird der Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung. Der Entwurf strebt einen Ausgleich in den Löhnen der Wochenhilfe zwischen den einzelnen Krankenkassen an. Nach unerheblicher Aussprache wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Kommunisten legen einen Gesetzentwurf vor über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile des Staatsgerichtshofes. Im Namen des Rechtsausschusses beantragt Abg. Graf von Merfeldt (Deutschn.) Ablehnung der Vorlage. Die Aussprache, an der sich die Abg. Rosenberger (Komm.), Dr. Rosenfeld (Soz.) und Dr. Wunderlich (D. Vp.) beteiligen, dreht sich hauptsächlich um den Fall Jürgens.

Bei der Abstimmung muß Auszählung erfolgen. Für die Ablehnung des kommunistischen Gesetzentwurfs stimmen 138 Abgeordnete, dagegen 104. Das Haus ist also beschlußunfähig, da 4 Stimmen fehlen. — Nächste Sitzung Montag 3 Uhr.

### Die falschen Freunde der Erwerbslosen.

Berlin, 17. Mai.

Im Reichstag wurden am Montag Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge erörtert. Die Kommunisten fordern — fünfzigprozentige Erhöhung. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die kommunistischen Anträge das Maß des Möglichen weit überschreiten. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent sei weder für das Reich noch für die Länder irgendwie tragbar. Der sozialdemokratische Antrag schlägt eine Notlösung vor. Die Aufgabe des Ausschusses werde es sein, eine endgültige Lösung zu finden. Die Reichsregierung vertrete aber die Auffassung, daß ein gewisser Abstand zwischen Löhnen und Unterstützungssätzen unbedingt erhalten werden müsse.

Der kommunistische Antrag, der einen reichsgesetzlichen Ausbau der Erwerbslosenfürsorge verlangt, wird abgelehnt. Die anderen kommunistischen Anträge gehen an die zuständigen Ausschüsse. Der sozialdemokratische Antrag, die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge bis Ende Juni 1926 zu verlängern, wird angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter geht an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Ein kommunistischer Antrag, betreffend Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt der Besoldungsgruppen 1—9 geht nach zustimmenden Erklärungen eines bürgerlichen Redners an den Haushaltsausschuss.

Die zurückgestellte Abstimmung des kommunistischen Gesetzentwurfs über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes ergibt doppelte Ablehnung. Auch die sozialdemokratische Entscheidung auf Nachprüfung der Fälle, an denen Landgerichtsdirektor Jürgens-Steinard beteiligt war, verfiel der Ablehnung.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Dienstag Weiterberatung.

## Preussischer Landtag.

Berlin, 15. Mai.

Nach Erledigung einiger Anträge setzt der Landtag die Beratung des Forsthaushalts fort. Dabei macht Landwirtschaftsminister Dr. Steiger auf das bedenkliche Wachsen der Holzeinfuhr aus Polen aufmerksam. Sollte kein Vertrag mit Polen zustande kommen, dann müssen wir zu einem Einfuhrverbot schreiten. Das wird nötig sein als Kampfmaßnahme. Polen soll erkennen, daß wir, wenn es einen Handelsvertrag nicht eingehen will, unsere Interessen zu wahren wissen. Der Minister geht dann auf die einzelnen Beamtenwünsche ein.

Der Oberlandforstmeister äußert sich über die Maßnahmen der Regierung zur Verhinderung großer Waldbrände. Der Holzeinschlag habe im verflossenen Jahre 11,5 Millionen betragen.

Die Beratung des Forsthaushalts wird schließlich zu Ende geführt, doch sollen die Abstimmungen erst am Dienstag stattfinden.

Nach 4 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag.

### Putzdebatte im Preussischen Landtag.

Berlin, 17. Mai.

Der Landtag erledigte heute zunächst einige kleine Vorlagen und verweist dann den Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederpreußen an den Verfassungsausschuss zurück, nachdem Ministerpräsident Braun Bedenken gegen die vorgenommenen Änderungen geäußert hatte. Bei der folgenden

#### Beratung des Notetats

gibt Abg. Dr. Försch (Ztr.) eine längere Erklärung zu den Putzgerüchten ab, in der ausgeführt wird, daß man ein endgültiges Urteil über das beigebrachte Material noch nicht abgeben könne, daß es aber das selbstverständliche Recht und die Pflicht der Staatsregierung sei, darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was gegen das Vertrauen des Staates gerichtet ist. Deshalb erwartet auch die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages von der Staatsregierung, daß diese zur Sicherstellung der Verfassung und damit zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist.

Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) weist auf das Streben der herrschenden Kapitalistenklasse hin, die Gewalt Herrschaft aufzurichten. Man müsse sich zur Wehr außerhalb des Parlamentes zusammenschließen. Statt der Regierung des schwarz-weißen Staatsstreiches müsse die Einheitsfront der Arbeiterschaft aufgerichtet werden.

Abg. Eichhoff (D. Vp.) erklärt, die Ausführungen des Vorredners hätten ihm jeden Zweifel genommen, von welcher Seite des Hauses dem Staate größere Gefahren drohen. Das Vertrauen, das der Zentrumsvorredner der Staatsregierung ausgesprochen hat, teilen wir nicht. Ist der Verdacht gerechtfertigt, daß die Regierung bei ihrem Vorgehen eine Einwirkung auf das Reich im Auge hatte, so müssen wir das aufs schärfste verurteilen. Der Redner beklagt das Versagen der amtlichen Presseberichterstattung und erklärt, seine Partei werde deshalb die im Notetat für die Pressestelle geforderten Mittel ablehnen. Weiter erhebt der Redner Einspruch auf das nachdrücklichste gegen die Behandlung seiner Parteifreunde Bögl, Wittöf usw. Ungeheuerlich ist auch die Behandlung der Herren von Lünig und Prof. Bernhardt. Zum Schluß fordert der Redner Einsprüche gegen die verantwortlichen Beamten.

#### Ministerpräsident Braun,

der in dem herrschenden Lärm schwer verständlich ist, geht zunächst auf die Vorgänge beim Kapp-Putsch ein und erklärte, daß das, was damals in den Reichsbälkern gestanden habe, heute in dem gleichen Tone wiederholt werde. Er könne beweisen, daß es sich heute um ähnliche Dinge handele wie 1920 beim Kapp-Putsch. Wenn behauptet werde, daß wir vor einer zweiten revolutionären Periode stünden, so geschehe das nur zu dem Zweck, um das Streben nach einer Rechtsdiktatur zu verbergen. Der Ministerpräsident verwies auf die tätige Tätigkeit des Herrn Ehrhardt, der auf eine Einigung aller rechtsstehenden Verbände hinarbeite. Diese seien zum Teil bewaffnet und hielten Schießübungen ab. Sie hätten Pläne aufgestellt, nicht nur solche, die geeignet sind, Deutschland gegen einen Ueberfall von außen zu schützen, sondern sie hätten vielmehr auch Pläne gemacht, die direkt auf den Umsturz eingestellt wären. Bei den Bestrebungen habe es sich darum gehandelt, im Notfall einen Linksaufstand zu provozieren.

Es sollte dann nicht bei dem Plan der Niederschlagung der Kommunisten aufhören, sondern man mußte mit politischen Forderungen der Verbände, vor allem auf Beseitigung der parlamentarischen Verfassung und der gegenwärtigen Staatsmänner hervortreten.

Der Ministerpräsident erklärt dann weiter: Es wird von dieser Seite nicht ein Putsch angestrebt, sondern man will die Verantwortlichkeit beumrühren und so den Herrn Reichspräsidenten veranlassen, auf Grund des Artikels 48 die vollziehende Gewalt in die Hände der Militärs zu legen.

Der Herr Reichspräsident ist jedoch diesen Angriffen nicht unterlegen. Er hat mir auf meine Anfrage erklärt, es sei ganz selbstverständlich, daß er all diesen Plänen fernstehe. Wir haben bei unseren Hausdurchsuchungen leider nicht alles Material bekommen können, weil wir vor den Herren halt machten, die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder wegen sonstiger hoher Ämter gewisse Rechte haben. Auch bei Hausdurchsuchungen, die vorgenommen wurden, ist uns nicht alles Material in die Hände gefallen, weil die betreffenden Herren leider vorher bereits unterrichtet waren. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Berichte durchaus nicht harmloser Natur gewesen seien. Die Regierung werde alle Nachmittage anwenden, um hochverräterische Unternehmen niederzuringen.

#### Abg. Steinhoff (Deutschn.)

erklärte, seine Partei lehne einen Notetat schon aus der Einstellung gegen das System Braun-Severing heraus ab. Das Vorgehen aus Anlaß des angeblichen Rechtsputches stelle lediglich einen Wandschirm dar, um zunächst die Tatsache zu

verdecken, daß wir vor einem roten Aufruhr stehen! Es handelt sich nicht um einen Putsch der vaterländischen Verbände, sondern um einen Putsch der preussischen Regierung, um einen Putsch der Polizeigewalt gegen die Reichswehr. An der „preussischen Krankheit“ leide das ganze Deutsche Reich. Seine Partei werde nicht nachlassen, das System Braun-Severing zu bekämpfen, und halte an dem Mißtrauen fest.

Nachdem noch Heilmann, der Barnatschindits, geschwagt, und ein Demokrat seinen Senf dazugegeben hatte, erklärte

Abg. Schwent (W. Vgg.), daß die Ruhe und das Wirtschaftslieben durch die unsinnigen Maßnahmen der Polizei gestört wurden! Braun habe in keiner Weise von der Gerechtigkeit der Polizeimaßnahmen überzeugen können.

Abg. Wille (Völk.) erklärt, der Ministerpräsident habe festgestellt, daß kein Putsch geplant sei und daß der Reichspräsident verfassungstreu sei und also seine Zustimmung niemals zur Verhängung des Ausnahmezustandes zur Herbeiführung einer völligen Diktatur geben werde. Die Gewaltaktion sei nur ein Ablenkungsmanöver der Politik der Vandalenwirtschaft, um die sinkende Konjunktur zu heben.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag mittag.

## Die neue Aera in Polen.

Der Putsch Pilsudskis hat militärisch mit einem vollen Siege des Marschalls geendet. Zwar fehlte es Pilsudski auch im Heere selbst nicht an einflussreichen Gegnern, die anfänglich auch gesonnen schienen, gegen Warschau zu marschieren. Wenn sich schließlich diesen Plan ausgeben, so geschah es einmal, weil sie ihrer Unterführer zum Teil nicht sicher waren, sobald aber befürchtete man, daß eine Fortsetzung der Kämpfe zu einer Auflösung Polens in seine verschiedenen Bestandteile führen könne.

#### Die provisorische Regierung.

Die Gesandten des zurückgetretenen Staatspräsidenten werden vorläufig gemäß Artikel 40 der Verfassung von dem Sejm-Marschall Niataj wahrgenommen. Dieser hat mit der Neubildung der Regierung nach einer Besprechung mit Pilsudski den Abgeordneten Bartel beauftragt, der alsbald eine Ministerliste vorlegte. Bartel hat neben dem Präsidium auch noch das Außenministerium übernommen, Kriegsminister ist Pilsudski.

#### Die Straßenschlacht in Warschau.

Durch Augenzeugen ist inzwischen bekannt geworden, daß die Kämpfe in Warschau weit heftiger waren, als die ersten Meldungen vermuten ließen. Nach den Berichten der Krankenhäuser beträgt die Zahl der Toten 205, die der Verwundeten 966. Mehrere Tage lang hörte der Kanonendonner überhaupt nicht auf, und infolge der Unmöglichkeit, die als Straßentempel benutzten Straßen zu betreten, war in vielen Häusern schon Hungersnot eingetreten, als die Kämpfe als vorläufig beendet anzusehen waren.

Selbst in dem Gesandtschaftsviertel sind einzelne Gebäude während mehrerer Tage schwerster Bedrohung ausgesetzt gewesen, so daß das gesamte Gesandtschaftspersonal mehrerer diplomatischer Vertretungen viele Tage lang praktisch in den Gesandtschaftsgebäuden eingesperrt war. Die dänische und die englische Gesandtschaft haben durch Granat- und Gewehrschüsse sehr erheblich gelitten. Auch die Flaggen der beiden Gesandtschaften sind durch Schüsse beschädigt worden.

In diplomatischen Kreisen Warschaus hat der Putsch selbst da, wo große Polenfreundlichkeit herrscht, einen niederschmetternden Eindruck gemacht, und der Polen dadurch entstandene Prestigeverlust wird sich, abgesehen von den hohen wirtschaftlichen Schäden, so bald nicht wieder ausgleichen lassen. Vor allem werden auch Rückwirkungen auf das polnische Heer nicht ausbleiben, dessen Schlagkraft durch die Bruderkämpfe erheblich geschwächt ist.

#### Die Lage in Posen.

Warschau, 17. Mai. Der Eisenbahnverkehr ist im ganzen Lande bis auf die Strecke von hier nach Posen wieder aufgenommen worden. In Posen ist die Lage noch gänzlich unklar, jedenfalls ist die Stimmung entschieden gegen die neue Ordnung der Verhältnisse. Heute findet dort eine Beratung rechtsgerichteter Politiker statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Von anderer Seite wird über umfangreiche faschistische Demonstrationen in Posen berichtet.

#### Post- und Bahnverkehr mit Polen.

Warschau, 17. Mai. Der Telegraphen- und Telefonverkehr mit Polen ist seit gestern wieder regelmäßig. Der Zugverkehr von Danzig nach Polen und in umgekehrter Richtung setzt fahrplanmäßig wieder ein. Auch die Telefonverbindung mit Warschau ist wieder hergestellt.

## Deutsches Reich.

Herausschickung des Wahlalters in Bayern. Der Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtages führte die Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Par. 23 und 8 der bayerischen Verfassung zu Ende. Das Wahlrecht bei Gemeindev- und Kreiswahlen soll in Zukunft von der Vollendung des 25. Lebensjahres und das Wahlrecht zum Kreistage von einem mindestens zwölfmonatigen Aufenthalt im betreffenden Kreise abhängig gemacht werden. In der Gesamtbestimmung wurde der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsparteien und des bürgerlichen Blocks angenommen.

Arbeiterkündigung für Hindenburg. In Dinslaken-Lothberg fand eine Fahnenweihe der evangelischen Arbeitervereine statt. Aus dem Anlaß wurde an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Guldigungstelegramm gesandt: „In Dinslaken-Lothberg, einer der größten Zechenkolonien und einem früheren Herde heftiger kommunistischer Unruhen, zur Weihe einer Vereinsfahne versammelt, senden die 4000 Mitglieder von 62 Arbeitervereinen des nördlichen Rheinlandes dem Herrn Reichspräsidenten, dem hochverehrten Ehrenmitglied des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, ehrfurchtvollem Gruß. Wir geloben, unsere ganze Kraft für die sittliche Erneuerung und die soziale Verbesserung unseres Volkes und den nationalen und wirtschaftlichen Aufbau des Vaterlandes einzusetzen.“

Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen gestorben. Am 14. Mai 1926 verschied im 79. Lebensjahr zu Somogyos in Ungarn nach schwerem Leiden Fürst Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von Ujest, der Senior des Gesamthauses Hohenlohe. Der Fürst gehörte zu den bekanntesten Industriellen und Landwirten Deutschlands und war in früheren Jahren auch in Berlin eine sehr bekannte Persönlichkeit. Fürst Hohenlohe, der in seiner Jugend dem engeren Kreise um den Fürsten Bismarck nahestand, war Generalmajor a la suite der alten Armee und lange Zeit Mitglied des Reichstags und



des Herrenhauses, und zwar als Angehöriger der Konser-  
vativen Partei. Noch bis zuletzt bekleidete er das Amt eines  
Landesältesten und verschiedene andere kommunale Ehrenäm-  
ter in Schlesien und Württemberg. Eine Zeitlang war Fürst  
Hohenlohe Oberkammerer des Kaisers. Im Weltkrieg be-  
teiligte er sich als Delegierter der freiwilligen Krankenpflege.  
Tresden. Der frühere sächsische Ministerpräsident Bud  
hat seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklärt.

## Im Sturm über Alaska.

Gefährliche Fahrt der „Norge“.

Während bis hinter dem Nordpol die Fahrt der „Norge“  
sich durchaus programmäßig vollzogen hatte, traten später zeit-  
weise starke Nebel auf, die das Schiff zwingen, sehr hoch zu  
gehen. Dann und wann teilte sich indes der Nebel, so daß  
ein Ueberblick über die Gegend möglich war. Hierbei wurden  
lediglich ungeheure Eismassen festgestellt.

Im Verlaufe der Fahrt bildeten sich an allen Stellen des  
Schiffes Eisschichten. Die Mannschaft mußte infolgedessen  
dauernd die hierdurch entstehenden Beschädigungen flüchten. Die  
„Norge“ erreichte, ohne vom Kurse abzuweichen, Point Bar-  
row. Hier wurde das Wetter aber derart schlecht, daß eine  
Kursänderung für notwendig erachtet wurde, da sonst die  
Gefahr bestand, daß das Schiff im Nebel auf die Berge Alas-  
kas stößt. Die „Norge“ flog darauf, die Küste Alas-  
kas links lassend, der Behringstraße zu, um unter Umständen  
in Sibirien zu landen. In der Behringstraße bildeten sich  
wieder neue Eisschichten. Da das Schmelzwasser verbraucht  
war, und die Mannschaft sich in einem außerordentlich erschöp-  
ten Zustand befand, geriet das Schiff in einen kritischen Zu-  
stand. Es wurde aus diesem Grunde beschleunigte Landung  
beschlossen. Das Schiff erreichte nach 71stündiger Fahrt das  
kleine Estimodorf Teller, wo die Notlandung erfolgte.

Die Abmontierung der „Norge“ hat bereits stattgefunden.  
Sobald das Meer eisfrei geworden ist, wird sie mit dem ersten  
von Teller abfahrenden Schiff nach Nome verladen werden.  
Amundsen und seine Begleiter sind mit dem Motorboot in  
Nome angekommen, wurden jedoch von der Bevölkerung ziem-  
lich kühl empfangen. Sie war in ihren Hoffnungen arg ent-  
täuscht. Sie hatte das Luftschiff erwartet und zu dessen fest-  
lichem Empfang schon alle Vorbereitungen getroffen. Das  
war nun alles vergebens.

## Stadt. Kreis. Provinz.

Der Arbeitsmarkt in Pommern.

Das Pommersche Landesarbeits- und Berufsamt schreibt:  
Am Stichtage der Berichtswache (die eingeklammerten Zahlen  
geben den Stand der Vortwoche wieder) waren bei den pome-  
merschen Arbeitsnachweisen insgesamt vorgemerkt: 37 320  
(37 996) Arbeitsuchende, davon entfielen u. a. auf die Berufs-  
gruppen: Ungelernte 15 699 (16 244), Metallgewerbe 6520  
(6462), Färbgewerbe 2481 (2628), Holzgewerbe 1801 (1919), An-  
gestellte 2362 (2344), Land- und Forstwirtschaft 1551 (1578),  
Befeldungsgewerbe 1261 (1422), Verkehrsgewerbe 1557 (1580),  
Industrie der Steine und Erden 510 (551). Besonders drin-  
gend gesucht blieben u. a. Landmädchen, Küchenmädchen, Al-  
teilmädchen, Anechte, Hofgänger, Hirten, Fütterer, Maler. Die  
allgemeine Aufnahmebereitschaft des Arbeitsmarktes hat nachge-  
lassen.

\* \* \*

Zu dem Lauenburger Silberdiebstahl ist noch mitzuteilen,  
daß der Stolper Kriminalpolizei die Ermittlung und Fest-  
nahme von zwei weiteren Mitschuldigen gelungen ist. Zwar  
ist der größte Teil der gestohlenen Gegenstände herbeigekauft  
worden, doch fehlen noch: eine silberne Herrenkapseluhre, gez.  
B. R., eine silberne Herrenkapseluhre mit Goldrand, eine gold-  
ene Herrenkapseluhre, eine lange Damenuhrkette mit  
Schieber, ein Damenring mit 3 Brillanten und 6 silberne  
Schlüssel gez. B. R. Wie festgestellt werden konnte, sind vor-  
stehende Sachen in Stolp untergebracht worden. Personen,  
die sie gekauft oder zweckdienliche Angaben über ihren Ver-  
bleib machen können, wollen sich umgehend bei der Stolper  
Kriminalpolizei melden, andernfalls Fehlleistungen in Frage kommt.

Landwirte, schützt Euch vor Engerlingsgefahr! Wieder ist  
die Zeit gekommen, in der man den Landwirten zurufen muß:  
„Schützt Euch vor Engerlingsgefahr durch Sammeln von  
Maifäsern!“ Das Sammeln der Käfer geschieht am besten  
in den Morgenstunden durch Schütteln der jungen Bäume mit  
der Hand und der Zweige älterer Bäume mit Stangen. Ge-  
gen eine Prämie von 5-10 Pf. pro Liter je nach Befall-  
stärke werden sich die Kinder gerne am Sammeln beteiligen.  
Auf einem Gut im Kreise Greifswald sind täglich in wenigen  
Stunden von zwei Kindern 15 Liter Käfer (6000 Stück gleich  
60 000-90 000 Engerlinge) gesammelt worden. Unter Umstän-  
den können die Schulen auf Antrag bei den Kreislandräten  
zur Einsammlung beurlaubt werden. Solche Anträge sind  
besonders zwecks geschlossenen Vorgehens in Gemeinden zu  
empfehlen, wo sonst ein einziger Prämie bietender Landwirt  
alle in der ganzen Gemeinde gesammelten Maifäser zugetra-  
gen bekommt und bezahlen muß. Die gesammelten Käfer  
verwendet man nach Tötung durch Aufgießen von kochendem  
Wasser frisch als Geflügelfutter, gekocht als Schweinefutter,  
getrocknet als Futter für Schweine, Geflügel und Fische, kom-  
postiert als Dünger.

Der Verein ehemaliger Jäger und Schützen unternahm  
am Himmelfahrtstage bei herrlichem Wanderverweilen einen Fa-  
milienausflug. Bis Hebrondamm wurde die Bahn benutzt  
und von dort wurde unter Führung des Revierförstlers Sprin-  
ger-Hebrondamm die Wanderung zu Fuß fortgesetzt und  
war durch die Hebrondamm Forst, vorbei an der idyllisch  
gelegenen Jagdhütte, dann durch die Labehner Forst nach  
Labehn. Hier wurde in dem Garten des Gasthauses Rast  
gehalten, alsdann ging es weiter das Lupowtal entlang nach  
Dammen. Unterwegs wurde mit einer Kleinkaliberbüchse ein  
kleines Preisfischchen veranlaßt, denn ohne Schießen geht es  
nun einmal nicht bei den Jägern und Schützen, wobei Kam.  
Lewald als bester Schütze hervorging und einen Silberfisch  
mit nach Hause nehmen konnte. Von Dammen wurde der  
Berg nach einer gemütlichen Kaffeepause nach Hebrondamm  
fortgesetzt, wo unter Teilnahme des Stahlhelms Stolp und  
Dammen und des letzteren Kapelle bei einem kleinen Wägen  
die Abfahrt des Juges nach Stolp abwartet wurde. —  
Wenn die Beteiligung mit Rücksicht auf den Fliegertag auch  
nur eine schwache war, so konnte doch jeder Teilnehmer mit  
dem Bewußtsein zurückkehren, diesen Wandertag in der herr-  
lichen freien Natur voll ausgenutzt zu haben. Besonderer  
Dank sei an dieser Stelle dem Herrn Besitzer von Hebron-  
damm, Herrn Armster, ausgesprochen, welcher freundlicher-  
weise dem Verein das Betreten seiner Forst an diesem Tage  
gestattet hatte.

Pfingstaussflug des Krieger- und Militärvereins. Wie  
aus dem Anzeigenteile ersichtlich, unternimmt der Krieger-  
und Militärverein am 2. Pfingstfeiertage mit Sonderzug ein-  
nen Ausflug nach der Voß. Als Festplatz ist der neu ange-  
legte Platz neben der Oberförsterei ausersehen, der 15 Minu-  
ten vom Bahnhof Rathsdamm entfernt liegt.

Zunahme der Geisteskranken. Nach einer vom Landes-  
hauptmann der Provinz Pommern vorgenommenen Zusam-  
menstellung ist seit 1924 die Zahl der in den Heilanstalten der  
Provinz untergebrachten Geisteskranken sehr stark gestiegen.  
Gegenüber dem alljährlichen Durchschnittszugang von etwa  
2400 Geisteskranken in der Vorkriegszeit wurden 1922 2109,  
1924 2787 und 1925 3013 neue Kranke in die Anstalten aufge-  
nommen. Auf welche Ursachen die Steigerung zurückzuführen  
ist, läßt sich nicht mit Gewißheit sagen. Die Wohnungs-  
not mag dabei mitspielen. Man muß aber leider auch anneh-  
men, daß die zunehmende Empfindlichkeit gegen die Unver-  
sehrtheit Geisteskranken in der Häuslichkeit eine Ursache der  
Steigerung ist. Der Idealismus, welchen die Pflege der  
Kranken in der eigenen Häuslichkeit erfordert, wird vielfach  
nicht mehr aufgebracht. Die Angehörigen versuchen, die  
Kranken möglichst schnell in einer der Provinzialanstalten un-  
terzubringen. Durch diese Verfuhrart wird auch die Zahl  
der Frühentlassenen verringert, so daß jetzt schon von einer  
drohenden Ueberfüllung der pommerschen Heilanstalten ge-  
sprochen werden muß, die zum Teil sogar schon eingetreten  
ist. Eine der dringenden Aufgaben der Provinzialverwal-  
tung ist daher die Erweiterung der bisherigen Anstalten. Mit  
der Lösung dieser Aufgabe ist in der letzten Sitzung des Pro-  
vinziallandtages der Anfang gemacht worden.

Eine notwendige Maßnahme. Vor kurzem verunglückte  
ein Schüler in einer Hafenstadt tödlich durch Wecheln der  
Plätze in einem Mietboot, zwei Meter vom Ufer entfernt,  
weil die drei Insassen des Bootes nicht schwimmen konnten.  
Dieser Vorfall gab der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft  
Veranlassung, erneut beim Preussischen Ministerium wegen  
einer Verfügung vorstellig zu werden, die das Vermieten von  
Booten an Augenblicke von der Vorlegung eines Schwimm-  
zeugnisses abhängig macht. Diese Maßnahme ist sehr zu be-  
grüßen, da sie einerseits leicht durchzuführen ist, da Schulen,  
Vereine und Badeanstalten derartige Zeugnisse ausstellen, an-  
dererseits aber auch die Forderung nach einem pflichtmäßigen  
Schwimmunterricht unterstützt. Die D.L.R.G. ist gleichfalls  
mit dem Reichstagsausschuß zur Förderung der Leibesübun-  
gen in dieser Angelegenheit in Verbindung getreten. Wer  
einen Schwimmunterricht in einem Boot mitnimmt, han-  
delt fahrlässig mit dem Leben seiner Mitmenschen.

Lauenburg. Die „Lauenburger Ztg.“ schreibt: Der Hell-  
seher brachte es an den Tag. Man sollte es nicht für mög-  
lich halten, ist aber wirklich unbestreitbar, daß ein Mann  
namens Mutschall in Büttow durch Hellsehen der Polizei un-  
schätzbare Dienste leistet. Am 20. November verlor ein junger  
Mann, der nach Amerika auswandern wollte, auf dem Wege  
von Charbow nach Bahnhof Treest seinen Koffer mit  
sämtlichen Papieren und allem Hab und Gut, im Werte von  
200 Mark. Von seiner Amerikareise mußte er somit Abstand  
nehmen. Als Kinder kamen zwei Männer M. und P. in Ver-  
dacht, die denselben Weg passiert hatten. Sie stritten jedoch  
alles ab. Auch eine Hausdurchsuchung förderte nichts zutage. M.  
und P. haben am 1. April ihren bisherigen Wohnsitz verlas-  
sen und sind nach Wilgelow, Kr. Stolp gezogen. Auf Zure-  
den seiner Freunde zog der Verlierer des Koffers nun oben  
genannten Hellseher zu Rate. Dieser sagte, daß M. und P.  
wirklich die Finder des Koffers seien. Erst hätten sie den  
Koffer im Strauch versteckt gehalten, dann hätten sie Koffer  
und Papiere verbrannt. Anzüge und Wäsche hätten sie sich ge-  
teilt. Besonders eigenartig war es, daß der Hellseher be-  
richtete, daß die Handtücher in Kopfkissen eingnäht seien.  
Die Oberlandjäger Klein aus Biezig und Medowitz aus  
Freist, Kreis Stolp, ließen nun nicht Leder und es gelang  
ihnen nach vieler Mühe, die beiden Burschen zum Geständnis  
zu bewegen. Die Sachen wurden alle so vorgefunden, wie  
es der Hellseher geschildert hatte. Die Diebe wurden in Haft  
genommen.

Pollnow. Pilsberggütern. — Nach dem Genuß von  
Morcheln erkrankten in Pollnow eine Reihe von Personen.  
Während die meisten Fälle mit Uebelkeit und Erbrechen  
glimpflich abgingen, bedurfte es bei einem Erkrankten beson-  
derer Gegenmaßnahmen, dessen Leben am seidenen Faden  
hing. Man sollte also bei dem Genuß der Pilze recht vor-  
sichtig sein!

Neustettin. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich  
am Sonntagabend nachmittags auf dem Hof des Kupferschmiede-  
meisters Jursch. Der 20 Jahre alte Lehrling Joseph Geisler  
wollte mit einem Schweißapparat ein großes Benzolfäß schwei-  
ßen. Das Faß hatte schon mehrere Tage mit Wasser gefüllt  
auf dem Hofe gestanden. Als die Stichflamme an das Faß,  
in welchem sich noch Gase befanden haben mußten, kam, explo-  
dierte dieses unter einem gewaltigen Knall. Der Boden des  
Fasses flog mehrere Meter in die Luft und verlichte den  
Lehrling schwer im Gesicht. Mehrere Fenster Scheiben auf dem  
Hofe wurden zertrümmert. Dem Lehrling wurde die Lippe  
aufgerissen und die Nase abgerissen. Durch die Stichflamme  
wurden beide Augen verletzt, so daß wenig Aussicht auf Er-  
haltung des Augenlichtes besteht. Ein sofort hinzugezogener  
Arzt leistete die erste Hilfe und ordnete die Ueberführung ins  
Krankenhaus an.

Neustettin, 14. Mai. Tödlicher Autounfall. — Gestern  
nachmittags ereignete sich bei dem Dorfe Rölpin, Kreis Neu-  
stettin, ein schweres Autounfall, dem ein blühendes Men-  
schenleben zum Opfer fiel. Durch einen Reifenschaden kam das  
Auto des Gutsbesizers Baron von Langen ins Schleudern  
und stürzte um. Sämtliche Insassen wurden aus dem in  
schneller Fahrt sich befindlichen Kraftwagen herausgeschleudert.  
Die 30 Jahre alte Gattin des Barons von Langen erlitt ei-  
nen Schädelbruch, der sie auf der Stelle tötete. Ein bei Herrn  
von Langen zu Besuch weilender Herr von Grummen, welcher  
den Wagen steuerte, erlitt einen Armbruch, Herr von Langen  
kam mit dem Schrecken davon. —

Garden. Tödlicher Sturz. — Die Frau des Deputanten  
Görlisch wollte vom Hausboden Brennholz holen. Sie fiel die  
Treppe hinunter und zog sich eine schwere Gehirnerschütterung  
zu. Der Tod trat nach zwei Stunden ein.

Ragebuhr. Beim Angeln ertrunken. — Drei junge Leute,  
die in einem Kahn auf dem Bielschen See angelen, stürzten  
infolge Umschlagens des Bootes in den See. Dem Maurer  
Garschke gelang es, sich am Boot zu halten, bis Hilfe kam.  
Die beiden anderen Insassen, die Brüder Schulz, ertranken.  
Friedrichswalde, Kreis Rügen. Verschüttet. — Am  
Sonntagabend war der Arbeiter Friedrich Schulz von hier  
nach Beendigung seiner Berufsarbeit in dem sogenannten  
Weinberge damit beschäftigt, Sand für eine Baustelle herans-

zuschaukeln, um sich dabei noch etwas zu verdienen. Plötzlich  
stürzten große Sandmassen ab, die sich unter sich begruben.  
Als gegen 8 Uhr die Schwester wegen des längeren Ausblei-  
bens beunruhigt war und den Bruder suchte, fand sie ledig-  
lich seine Jacke an der Unfallstelle. Nichts Gutes ahnend, lief  
sie ins Dorf und holte einige Männer herbei, die bald darauf  
Sch. als Leiche aus den Sandmassen herausholten.

Klein-Möllen, Kr. Greifenhagen. Im Pöhl ertrunken.  
— Das 5jährige Töchterchen der Eheleute Krähle geriet in ei-  
nen Pöhl unweit des Hauses und ertrank.

Deutsch-Krone. Tödlicher Unfall. — Auf der Chaussee  
Deutsch-Krone-Lebehnte geriet infolge Reifendefekts der  
Kraftwagen des Rittergutsbesizers Semrau-Mleinmühl ins  
Schleudern und fuhr in den Chausseegraben. Der 62jährige  
Rittergutsbesitzer wurde tödlich verletzt.

## Letzte Meldungen.

Amerika hält die Taschen zu!

Berlin, 17. Mai. Im abgelaufenen Halbmonat  
Mai, vom 1. bis 15., hat die Stockung amerikanischer Kredite  
an die deutsche Industrie angehalten. Seitens der Berliner  
Industrie liegen noch für 140 Millionen Dollar Kreditanträge  
seit acht Wochen unerledigt in Newyork.

Die Lage in England.

London, 17. Mai. (Reuter.) Nach den von allen Zei-  
ten eingehenden Nachrichten vollzieht sich die allgemeine Wie-  
deraufnahme der Arbeit in normaler Weise. In London ist  
der Zustand vor dem Streik beinahe vollständig wiederherge-  
stellt. Große Arbeitermassen sammeln sich vor den Verwal-  
tungsbüros der Docks und der Zeitungen, um ihre Wieder-  
einstellung zu erreichen.

Targift von den Risseuten geräumt.

Paris, 17. Mai. Dem „Matin“ wird aus Rabat ge-  
meldet, daß infolge des französisch-spanischen Vorkampfes die  
Risseute den Hauptstüb Abd el Krimz, Targift, geräumt hätten.

Der letzte Sultan der Türkei gestorben.

Paris, 17. Mai. Der letzte Sultan der Türkei, Mehe-  
med der 6., ist in San Remo einem Herzschlag erlegen.

## Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000  
Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk.  
— (am 14. 5. —). Roggen Märk. 176—181  
(176—181). Sommergerste 191—204 (191—205). Inländische  
Guttergerste 172—185 (172—185). Hafer Märk. 197—208 (197  
bis 207). Mais loko Berlin — (—). Weizenmehl 36,75 bis  
39,50 (36,75—39,50). Roggenmehl 25,00—26,50 (25,00—26,50).  
Weizenkleie 11,00 (11,00). Roggenkleie 11,50—11,80  
(11,60—11,80). Raps — (—). Leinsaat — (—).  
Diktoriaerbsen 30—39 (30—39). Kleine Speiseerbsen 25,00—26,00  
(25,00—26,00). Futtererbsen 20—25 (20—25). Pelusken 20—23  
(20,00—23). Ackerbohnen 22,00—24,00 (22,00—24,00). Wicken 28—30  
(28,00—30,00). Lupinen blaue 12,00—12,75 (12,00—12,75). gelbe  
14,75—15,75 (14,75—15,75). Seradella 34—38 (34—38),  
neue — (—). Rapskuchen 13,75—14,00 (13,75—14,00).  
Leinkuchen 18,00—18,50 (18,00—18,50). Trockenschrot 9,80—10,10  
(9,80—10,10). Sojafschrot 19,20—19,50 (19,20—19,50). Vormelasse  
30-70 — (—). Kartoffelflocken 15,70—16,10 (15,60 bis 16,00).

Berliner Frühmarkt. Weizen: Mai 303,5, Juli 291, Sept.  
261, Roggen: Mai 193, Juli 198, Sept. 201. Hafer, gut 226  
bis 235, mittel 220—225, Gerste, gut 206—212, Futterweizen  
310—320, kleiner Mais 192—193, Roggenkleie 120—126, Wei-  
zenkleie 114—118, Tauenberbsen 270—280.

Berliner Butternotierung.

Berlin, 14. Mai. Heute keine Notierung. Letzte No-  
tierung vom 11. Mai. 1. Qualität 1,63, 2. Qualität 1,45,  
3. Qualität 1,25 Reichsmark. Tendenz lebhafter.

Stettiner Getreidenotierung vom 17. Mai. (Für 1000  
Kilo waggounfrei Stettin.) Roggen inl. 182—184, Weizen inl.  
299—303, Hafer 194—200, Gerste, inl. Sommergerste 186—202,  
feine über Notiz, Futtergerste 173—185. Tendenz ruhig.

## Weinhandlung Bahnhofshotel

Wegen Umstellung des Betriebes

## großer Ausverkauf

insbesondere der überreichlichen Bestände in  
allerfeinsten

## Spitzengewächsen

der besten Jahrgänge.

Jedem Kenner und Feinschmecker bietet sich  
eine nie wiederkehrende Gelegenheit, das aller-  
beste zu wirklich billigen Preisen zu erwerben.

Zahlungstermin bei solventen Käufern,  
Beamten pp. nach Uebereinkunft.

## In Weinstuben:

Weine im Ausschank, u. a. 21er Enkircher  
Steffensberg von hervorragender Qualität

## A. Schmidt.

Freibank.

Mittwoch vorm. 8 Uhr  
Verkauf von rohem Kind-  
fleisch und von gekochtem  
Schweinefleisch.  
Die Schlachthofverwaltung.

## Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbetten  
günstig an Priv. Katal. 1416 frei.  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)



